



NEWSLETTER

der Düsseldorfer Landtagsabgeordneten Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske und Marion Warden



Liebe Leserinnen und Leser,

der Abschluss der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2012 bildete einen Kern der Arbeit des Landtags in dieser Woche, ist doch das Haushaltsrecht das zentrale Recht eines jeden Parlaments. Hinzu kamen zwei "Aktuelle Stunden", in denen auf Antrag unterschiedlicher Fraktionen die Energiewende und die Freiheit der Hochschulen diskutiert wurden. Und nicht zuletzt wurde gestern die Änderungen beim Nichtraucherschutzgesetz verabschiedet.

Am Montag besuchte das deutsche Staatsoberhaupt den Landtag NRW. Bundespräsident Joachim Gauck hob die besondere Bedeutung des größten deutschen Bundeslandes hervor. Im Mittelpunkt seines Besuchs standen Gespräche mit dem Präsidium des Landtags mit Landtagspräsidentin Carina Gödecke an der Spitze sowie mit den führenden Vertretern der politischen Fraktionen.

Wieder eine spannende und ereignisreiche Plenarwoche!

Viel Spaß beim Lesen des Newsletters wünschen...

Walburga Benninghaus MdL Marion Warden MdL Markus Herbert Weske MdL

Erreichbarkeit unseres Wahlkreisbüros

Unser Wahlkreisbüro im Parteihaus auf der Kavalleriestr. 22 ist ab sofort zu folgenden Bürozeiten erreichbar:

Montags 9.00 - 18.00 Uhr sowie Dienstag - Donnerstag jeweils in der Zeit zwischen 9.00 - 14.00 Uhr

Walburga Benninhaus MdL, Tel: [0211-13622-132](tel:0211-13622-132), walburga.benninhaus@landtag.nrw.de

Marion Warden MdL, Tel: [0211-13622-130](tel:0211-13622-130), marion.warden@landtag.nrw.de

Markus Herbert Weske, Tel: [0211-13622-131](tel:0211-13622-131), markus.weske@landtag.nrw.de

Umfangreicher Nichtraucherschutz in Nordrhein-Westfalen



Durch das mit den Stimmen der rot-grünen Koalition verabschiedete Gesetz werden ab Mai nächsten Jahres Nichtraucher und Nichtraucherinnen und vor allem Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen konsequent und rechtssicher vor Zigarettenrauch geschützt. Unter anderem darf dann nicht mehr auf Kinderspielplätzen, Sportanlagen und in Gaststätten geraucht werden. Das alte, noch mit der früheren CDU/FDP-Mehrheit verabschiedete Gesetz hatte sich vor allem wegen der vielen Ausnahmen als rechtlich problematisch, unpraktikabel und wirkungslos erwiesen.

Rede von Dr. Roland Adelman

Gesetzentwurf der Landesregierung ([DS 16/125](#))

Landeshaushalt 2012 verabschiedet



Am Mittwoch dieser Woche wurde im zweiten Anlauf der Landeshaushalt 2012 in dritter Lesung verabschiedet. Er war im ersten Durchlauf im Frühjahr bei der zweiten Lesung gescheitert. Das führte zur Neuwahl im Mai. Im parlamentarischen Beratungsablauf konnte die ursprünglich geplante Neuverschuldung aufgrund eines Einmaleffekts beim Finanzausgleich noch um knapp 350 Millionen Euro reduziert werden.

Die Haushalts-Eckdaten 2012

Ausgaben	58,902 Milliarden Euro
Steuereinnahmen	43,1 Milliarden Euro
Sonstige Einnahmen	11,396 Milliarden Euro
Personalausgaben	22,0469 Milliarden Euro
Investitionsausgaben	6,5389 Milliarden Euro
Investitionsquote	11,2 Prozent
Schuldenaufnahme netto	4,2641 Milliarden Euro

- [Drucksache \(16/300\)](#) Gesetz zur Feststellung des Haushalts 2012
- [Drucksache \(16/302\)](#) Gemeindefinanzierungsgesetz 2012
- [Drucksache \(16/176\)](#) Einrichtung eines Fonds (Stärkungspaktfondsgesetz)
- Weitere Informationen gibt auf der [Homepage des Finanzministeriums](#)

Kommunale Wahlen wieder an gemeinsamem Datum



Mit dem von SPD und Grünen eingebrachten „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie“ soll unter anderem geregelt werden, dass die von der schwarz-gelben Landesregierung entkoppelten kommunalen Wahlen spätestens im Jahr 2020 wieder gemeinsam an einem Wahltag stattfinden können. Dadurch wird die Verantwortungsgemeinschaft von kommunalen Parlamenten und den Landräten, Bürgermeistern und Oberbürgermeistern wieder gestärkt.

- [Rede](#) von Hans-Willi Körfges
- Gesetzentwurf der Grünen und SPD ([DS 16/1468](#))

Bessere ärztliche Versorgung in Ostwestfalen-Lippe



Im Rahmen eines Kooperationsprojekts zwischen den Universitäten [Bielefeld](#) und [Bochum](#) werden Medizinstudenten zukünftig ihre praktische Ausbildung in ostwestfälischen Kliniken und Lehrpraxen absolvieren können. Das sieht ein gemeinsamer Entschließungsantrag von SPD und Grünen vor, der im Landtag beschlossen wurde. Schon im Landeshaushalt 2012 stehen dafür in einem ersten Schritt 200.000 Euro bereit. Damit könnte mit der Umsetzung bereits in den nächsten Wochen begonnen werden.

Zum Hintergrund: Auch in Nordrhein-Westfalen drohen Engpässe bei der ärztlichen Versorgung des ländlichen Raums. Besonders betroffen sind davon Regionen, in denen keine Mediziner Ausbildung stattfindet. Sie profitieren nicht vom sogenannten „Klebeeffekt“. Demzufolge lassen sich junge Mediziner bevorzugt dort nieder, wo sie während ihres Studiums schon Wurzeln geschlagen haben.

- [Rede](#) von Dennis Maelzer
- Anschlussantrag der SPD und Grüne ([DS 16/1554](#))

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst



Am Freitag wird im Landtag der Sozialbericht NRW 2012 vorgestellt. Er zeigt, wie die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter wächst. Die geschönte Fassung des fast gleichzeitig erschienenen Armutsberichts der schwarz-gelben Bundesregierung versucht das zu verschleiern. Im Jahr 2011 waren rund 2,8 Millionen Menschen in NRW armutsgefährdet, unter ihnen 643.000 Jugendliche. Ein Jahr zuvor waren es rund 200.000 Menschen weniger. Der Anstieg dieser sogenannten Armutsrisikoquote von 14,7 auf 15,8 Prozent zeigt, dass immer mehr Menschen von Armut bedroht sind. Alarmierend ist der Anstieg der Beschäftigten im sogenannten Niedriglohnsektor (zum Beispiel Minijobs). Ende 2010 waren es 20,4 Prozent aller Beschäftigten. Ende 2000 lag die Quote noch bei 16,3 Prozent. Fakten, die die Bundesregierung nicht wahrhaben will. Statt endlich einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, fördert [Berlin](#) durch die Anhebung der Verdienstobergrenze bei Minijobs von 400 auf 450 Euro prekäre Beschäftigung und Armut.

- Sozialbericht NRW 2012 finden Sie auf der [Homepage des Ministeriums](#)
- [Livestream](#) des Landtags (Freitag, ab 11.35 Uhr)

Maklercourtage: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen

Die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen haben [heute](#) eine NRW-Bundesratsinitiative zum Thema Maklercourtage angestoßen. Bundesgesetzlich soll verankert werden, dass Vermieter und Vermieterinnen Maklerleistungen selbst bezahlen müssen, wenn sie diese in Auftrag geben. Das Abwälzen der Kosten auf die späteren Mieterinnen und Mieter soll damit verhindert werden.

- [Rede](#) von Sarah Phillip

- Antrag der SPD und Grüne ([DS 16/1470](#))

Neue Gesetzesregelungen zur Sicherheitsverwahrung in NRW

Die rot-grüne Landesregierung bringt am Freitag den Entwurf für ein „Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Sicherheitsverwahrung in NRW“ in den Landtag ein. Der Entwurf beschreibt unter anderem den wesentlich stärker auf Therapie ausgerichteten Vollzugsansatz für Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus werden die Vorgaben zu Unterbringungseinrichtungen, Personalausstattung, Aspekte des Opferschutzes und die Regelungen zu Zwangsmaßnahmen im Bereich der Gesundheitsfürsorge in ein schlüssiges Gesamtkonzept eingebunden.

- Gesetzentwurf der Landesregierung ([DS 16/1435](#))
- [Livestream](#) des Landtags (Freitag, ab 15.35 Uhr)

Fotonachweis

Bild 1 (von oben nach unten) Wolfgang Dirscherl / [pixelio.de](#)

Bild 2 Rolf / [pixelio.de](#)

Bild 3 Rolf van Melis / [pixelio.de](#)

Bild 4 CIS / [pixelio.de](#)

Bild 5 Helene Souza / [pixelio.de](#)